

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Deutsches Nein zu Euro-Bonds!



Die Diskussion um die Einführung von Euro-Bonds ist in vollem Gange, nachdem sich die Eurokrise vor allem durch die Wahlen in Griechenland wieder zugespitzt hat. Mittlerweile sprechen sich immer mehr EU-Politiker für Euro-Bonds aus, unter ihnen auch der neue französische Präsident François Hollande und der Präsident des EU-Parlaments Martin Schulz (SPD). Jedoch wird diese Haltung in CDU-Kreisen kritisch gesehen.

Bereits im Jahre 2010 gab es Verhandlungen bezüglich der Einführung der Euro-Bonds, deren größter Befürworter Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker war. Doch damals konnte Bundeskanzlerin Angela Merkel diese Idee im Keim ersticken.

Wie Merkel bei der Ankunft zum Sondergipfel in Brüssel verlauten ließ, sind die Staatsanleihen der Eurostaaten in ihren Augen kein Beitrag zur Ankurbelung des Wachstums. Außerdem verstoße die Einführung von gemeinsamen Staatsanleihen aus deutscher Sicht gegen

die Verträge. Es bleibt somit beim deutschen Nein.

Die Befürworter der Euro-Bonds sind vor allem Krisenstaaten wie Italien, die davon profitieren würden, da sie Kredite zu geringeren Zinsen bekämen und somit weiter Geld ausgeben könnten, das sie eigentlich nicht haben. Deutschland sieht die Problematik vor allem beim fehlenden Anreiz für Krisenstaaten, ihre Finanzen in Ordnung zu bringen und Sparmaßnahmen durchzuführen. Ebenso würden Staaten bestraft, die in der Vergangenheit gut gewirtschaftet haben und daher das Vertrauen der Finanzmärkte besitzen.

Im Falle einer Einführung von Euro-Bonds wären die Auswirkungen für Deutschland ein Zinsaufschlag von 2,3% und jährliche Mehrkosten von 47 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Das deutsche Budget für das Hochschulwesen liegt momentan bei 30 Milliarden Euro.

Der baden-württembergische Europa-Abgeordnete Dr. Thomas Ulmer (CDU) verfolgt die Entwicklung der

Euro-Bonds sehr gespannt und unterstützt die deutsche Haltung.

„Es kann nicht sein, dass starke Länder wie Deutschland ihren Kopf für Staaten hinhalten, die in den letzten

Jahren schlecht gewirtschaftet haben“, sagte Ulmer.

Konkrete Beschlüsse werden erst beim regulären EU-Gipfel Ende Juni 2012 in Brüssel erwartet.

EU-weit bald ohne 1- und 2-Cent-Münzen?



Mit großer Mehrheit beschlossen die Abgeordneten des Europäischen Parlaments an diesem Dienstag die mögliche Abschaffung der 1- und 2-Cent-Münzen. Der Beschluss enthält den Auftrag an die Europäische Zentralbank (EZB), eine Prüfung vorzunehmen, wie hoch die Kosten einer solchen Abschaffung und die Akzeptanz in der Bevölkerung wären.

Die Hauptgründe für eine solche Überlegung sind die im Verhältnis zum Wert der Münzen zu teure und umständliche Herstellung. Das Europäische Parlament will mit diesem Beschluss die Flut an Kleingeld eindämmen und mehr Chancen für Scheine einräumen. Es wird bereits über 1- und 2-Euro-Banknoten diskutiert.

Ein Alltag ohne Kleingeld und vor allem ohne 1- und 2-Cent-Münzen ist für viele Deutsche unvorstellbar, aber in anderen EU-Mitgliedstaaten bereits Realität. Seit 2004 werden Preise in Finnland und in den Niederlanden auf- und abgerundet. Zum Beispiel bei

zahlt man anstatt 3,97 € nur 3,95 €, aber auch anstatt 3,98 € dann 4 €. Aus den Reihen der Bevölkerung gab es keine Beschwerden. Die Länder sparen dabei jährlich rund 30 Millionen Euro bei der Bargeldversorgung.

In Deutschland gab es im Jahre 2004 eine ähnliche Diskussion, jedoch mit anderem Ausgang. Die Deutschen hängen an ihrem Kleingeld und auch die Händler wehren sich bislang dagegen.

Doch das könnte sich ändern, denn in Deutschland wird die Bargeldversorgung seit der Einführung des Euros immer schlechter, da die Bundesbank ihre Filialen schließt. Für Händler und Banken wird es somit zunehmend schwieriger, an Kleingeld zu kommen.

Der baden-württembergische Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer (CDU) sieht die Vor- und Nachteile gleichermaßen: „Man muss die Berichte der Kommission abwarten, um dann zu entscheiden, was die beste Lösung ist.“

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Ulmer rät zu mehr Sachlichkeit bei der Griechenlanddebatte

Auch in Straßburg war das Thema „Griechenland und Eurokrise“ aktuell. Dr. Thomas Ulmer MdEP war an einer Plenardebatte beteiligt, in der es zu einem verbalen Schlagabtausch zwischen griechischen und anderen Abgeordneten kam. Der Frust der griechischen Abgeordneten entlud sich vorwiegend gegenüber deutsche Abgeordneten, die als Vertreter Deutschlands für die griechische Misere verantwortlich gemacht wurden. Dabei hatte die Debatte bereits nach kurzer Zeit die sachliche Ebene verlassen.

Ulmer lehnte es ab, auf diesem Niveau zu diskutieren: „Zu diesem Thema gibt es

durchaus viel zu sagen. Ich bin aber nicht bereit, mich von Kollegen derart beschimpfen zu lassen.“ Der Trend unter den griechischen Abgeordneten, Deutschland und die Deutschen für die Lage Griechenlands verantwortlich zu machen, ist unverkennbar.

Ulmer: „Griechenland steckt derzeit in einer schweren Wirtschaftskrise, welche den Menschen hohe Opfer abverlangt. Dabei entstehen natürlich Ärger und Frust, dafür habe ich Verständnis. Man sollte jetzt wieder zu mehr Sachlichkeit zurückkehren, solche Debatten sind absolut kontraproduktiv.“

Jedes Jahr verschwindet in Europa ein Stück Land so groß wie Berlin

Die EU-Bodenschutzpolitik rückt durch die Veröffentlichung neuer Leitlinien der Kommission Ende April wieder in den Fokus der Öffentlichkeit. Zum einen enthalten diese Leitlinien vielfältige Informationen hinsichtlich des Umfangs des Problems der Bodenversiegelung und der Auswirkungen auf die Landnahme. Zum anderen thematisieren sie Maßnahmen zur Vermeidung der Bodenversiegelung, wie beispielsweise die intelligente Raump lanung, Wiederschließung von Industriebrachen und die Verwendung wasserdurchlässiger Materialien anstelle von Zement und Asphalt.

Die Leitlinien sind an die nationalen, regionalen und lokalen Behörden gerichtet und dienen ihnen als Handlungsanleitung in Belangen des Bodenschutzes.

Bereits 2006 wurde eine „Thematische Strategie für den Bodenschutz“ von der Kommission entwickelt. Das Thema ist nach wie vor brandaktuell und sehr wichtig, weswegen die Kommission eine Konferenz mit dem Thema „Bodensanierung und Bodenversiegelung“ im Mai 2012 organisierte. Dort diskutierten Fachleute aus der Wissenschaft wie auch nationale Behörden und Interessengruppen über die Problematik und mögliche Lösungen bezüglich der Bodenversiegelung.

Die EU-Kommission reagiert damit auf eine der Hauptursachen für die Verschlechterung der Böden in Europa. Besorgniserregend ist, dass jedes Jahr in Europa ein Stück Land so groß wie Berlin verschwindet. Die Auswirkungen der Bodenversiegelung können gewaltig sein und sind nicht zu verharmlosen, denn der hohe Grad an Versiegelung kann das Hochwasserproblem, auch in Deutschland, verschärfen.

Der baden-württembergische Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer (CDU) begrüßt die Maßnahmen der EU-Kommission: „Der Boden ist ein sehr wichtiger Bestandteil und Lebensraum der Natur, den es zu schützen gilt.“ Jedoch lehnt Ulmer die momentan auf Eis liegende Bodenschutzrahmenrichtlinie ab, die laut Aussage des EU-Umweltkommissars Janez Potočnik,

noch nicht endgültig vom Tisch ist: „Das ist alles bereits gesetzlich geregelt, eine weitere Richtlinie ist nicht notwendig.“

Auch in Zukunft bleibt das Thema Bodenschutz auf der Tagesordnung der EU-Kommission. Für 2014 ist eine Veröffentlichung eines Konzeptes zur Bodennutzung geplant.

Die Transaktionssteuer ist ein wichtiges Mittel zur Krisenbekämpfung

In dieser Woche hat sich das Europäische Parlament für ein Modell der Finanztransaktionssteuer ausgesprochen, das zuerst in der Euro-Zone eingeführt wird. Jedoch wird anderen europäischen Mitgliedstaaten jederzeit ermöglicht, diese Steuer auch einzuführen. Dieser Kompromiss war nötig, da Großbritannien und Schweden gegen die Einführung einer solchen Steuer sind. Großbritannien fürchtet um seine Stellung in der Finanzwelt und dass diese Stellung gegenüber den USA geschwächt werden könnte.

Für den baden-württembergischen Europaabgeordneten Dr. Thomas Ulmer ist jedoch klar, dass dies ein richtiger Schritt und ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung der Finanzkrise ist: „Durch das klare Votum für die Finanztransaktionssteuer haben wir ein Zeichen gesetzt, dass nun auch der Finanzsek-

tor seinen Beitrag zur Bekämpfung der Krise leisten muss.“

Die Finanztransaktionssteuer ist im Grunde eine Art Umsatzsteuer auf den Handel mit Aktien, Derivaten und anderen Finanzprodukten. So soll der Steuersatz beim Kauf von Aktien und Anleihen bei 0,1 Prozent liegen, spekulative Derivate sollen mit einem Steuersatz von 0,01 besteuert werden. Durch das Erheben dieser Steuer sollen Spekulationen eingedämmt werden. Mit der Einführung dieser Steuer könnten jedes Jahr 57 Milliarden Euro eingenommen werden.

„Das Einführen einer globalen oder europäischen Finanztransaktionssteuer ist kaum zu erreichen, jedoch wird das Einführen in der Euro-Zone schon erheblichen Druck ausüben“, ist Ulmer überzeugt.

Besuchergruppe im Europäischen Parlament



Konrad-von-Dürn-Realschule, Walldürn

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU). Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantw.), Tarunstr. 21, 74821 Mosbach, Telefon 06261.893991 Telefax 06261.893906

Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171.6809454

Powered by: www.busse-nahrgang.com

Bildnachweis: Titelbild: © Matthias Busse; Foto 0171.6809454

Foto Münzen: © Matthias Busse; Besuchergruppen: © Helke Nahrgang

E-Mail: info@thomasulmer.eu; Internet: www.thomasulmer.eu